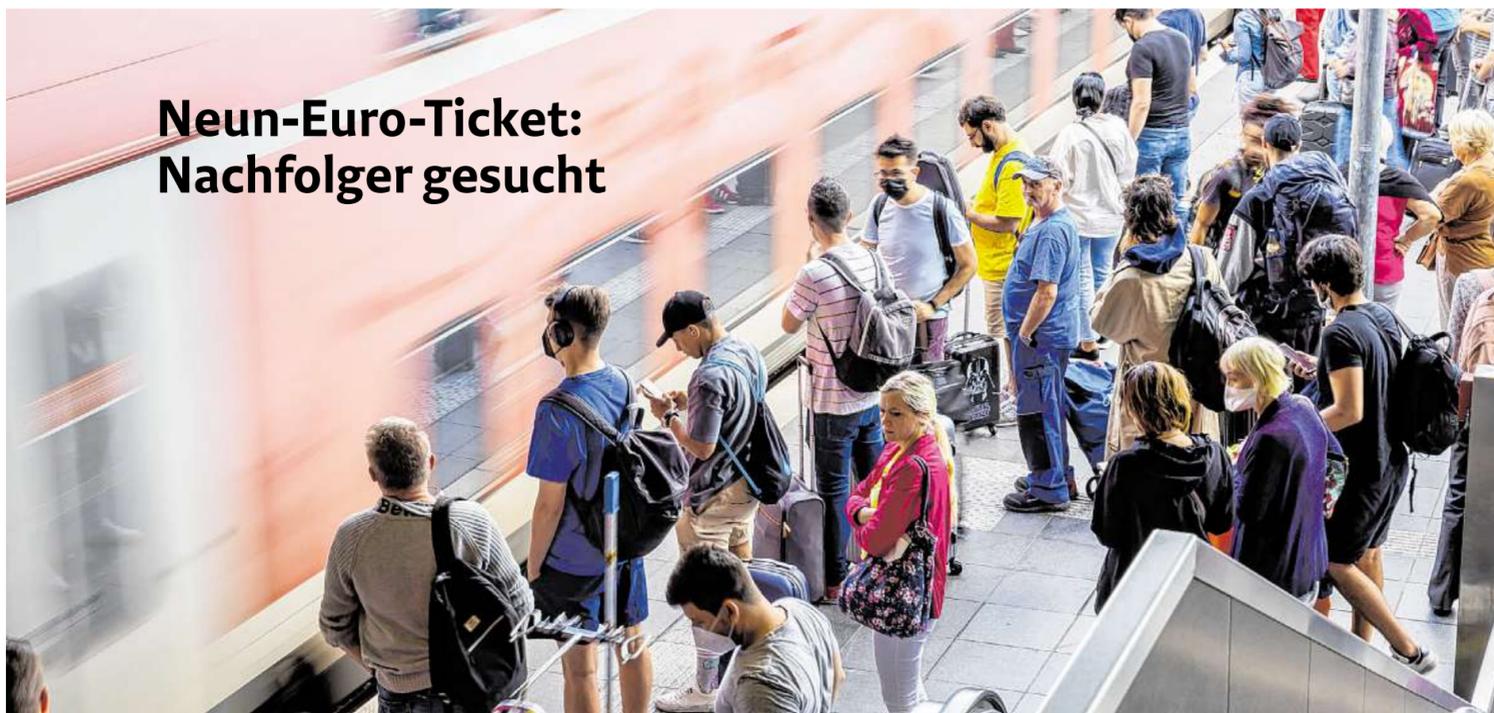


WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

MONTAG, 19. SEPTEMBER 2022 | 78. JAHRGANG | NR. 219 | EINZELPREIS 2,20 €



Neun-Euro-Ticket: Nachfolger gesucht

Die Verkehrsminister der Bundesländer beraten am Montag mit Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) auf einer Sonder-Konferenz über einen Nachfolger für das Neun-Euro-Ticket. Über die Finanzierung

gibt es Streit. Die Länder fordern mehr Unterstützung. Bis Mitte Oktober wollen Bund und Länder herausfinden, ob es ein bundesweit gültiges Nahverkehrsticket geben kann, berichtete das „Handelsblatt“.

Demnach soll beim Treffen eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die bis Oktober einen Vorschlag vorlegen soll. Ein Drittel der Menschen in Deutschland würde ein Nachfolgeticket für das Neun-Euro-Ticket kaufen,

wenn es höchstens 29 Euro im Monat kosten würde. Das ergab eine Online-Umfrage des Instituts Civey im Auftrag der Bürgerbewegung Campact.

TEXT: WK/FOTO: CHRISTOPH SOEDER

Der Polizei springen die Bewerber ab

Zahlen insgesamt rückläufig – zugesagte Ausbildungsplätze werden nicht angetreten

VON RALF MICHEL

Bremen/Hannover. Die Zahl der Bewerber für die Bremer Polizei liegt für den neuen Ausbildungsjahrgang deutlich hinter den Erwartungen zurück. „Das bereitet uns Sorgen“, sagt ein Polizeisprecher. Und es ist nicht allein das: Hinzu kommt, dass immer mehr Bewerber, die eine Zusage für den Polizeiausbildung in Bremen hatten, wieder abspringen.

Bremens Polizei leidet seit Jahren unter Personalmangel. Als Reaktion darauf wurden zuletzt die Ausbildungsjahrgänge aufgestockt. Und dies so deutlich, dass ein Teil der Polizeianwärter inzwischen in Niedersachsen ausgebildet wird, weil die Kapazitäten dafür in Bremen nicht mehr ausreichen. 2020 wurden 203 Anwärter eingestellt, im vergangenen Jahr waren es 226, im neuen Jahrgang sollten es 230 werden. Doch ob dies gelingt, ist offen. In Zahlen ausgedrückt: 2020 gab es 2036 Bewerbungen, rechnerisch gab es also etwa zehn Bewerber für einen Ausbildungsplatz. In diesem Jahr sind es bislang 1375 Bewerber, nicht einmal mehr sechs pro Ausbildungsstelle.

Für den aktuellen Ausbildungsjahrgang gibt es zwei Einstellungstermine – den 1. Oktober 2022 und den 1. April 2023. Der 1. Oktober bereite dabei weniger Probleme, sagt Polizeisprecher Bastian Demann. Hier gehe man trotz rückläufiger Zahlen davon aus, ausreichend geeignete Bewerberinnen und Bewerber einstellen zu können. Sorge bereite der Einstellungstermin Anfang April kommenden Jahres. Für den gebe es noch deutlich zu wenige Interessenten. Die eigentlich bereits in der vergangenen Woche abgelaufene Bewerbungsfrist wurde deshalb auf unbestimmte Zeit verlängert.

Was die Situation zusätzlich erschwert, ist eine weitere Entwicklung, die die Polizei beobachtet. „Im Vergleich zum Vorjahr treten mehr geeignete Bewerberinnen und Bewerber für den Einstellungstermin 1. Oktober zurück“, berichtet Demann. Bislang haben es sich 72 Bewerber, die eine Zusage hatten, anders überlegt und werden ihren Ausbildungsplatz nicht antreten. „Vermutlich aufgrund von Alternativangeboten.“

Wasser auf den Mühlen von Nils Winter: „Der Polizeiberuf lockt schon noch junge Leute“, ist der Vorsitzende des Bremer Lan-

desverbandes der Gewerkschaft der Polizei (GdP) überzeugt. „Aber die schauen schon sehr genau auf die Rahmenbedingungen und vergleichen sie natürlich.“ Bei der Bezahlung läge die Polizei Bremen bundesweit im Schlussdrittel, bei der Polizeizulage – derzeit 127 Euro – sei sie zusammen mit zwei, drei anderen Bundesländern sogar Schlusslicht.

Wobei die Besoldung nur einer von mehreren Faktoren bei der Entscheidung für einen Ausbildungsplatz sei, sagt der GdP-Chef. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Grad der Digitalisierung, die Möglichkeit zum Homeoffice, Arbeitszeitmodelle insgesamt – „in all diesen Bereichen muss die Polizei besser und flexibler werden“, fordert der Gewerkschafter. „Da können und müssen wir uns etwas von den anderen Bundesländern abgucken.“ Denn mit denen konkurriert Bremen.

In Niedersachsen werden zum 1. Oktober, für diesen Jahrgang der einzige Termin, rund 900 Polizeianwärter und -anwärterinnen eingestellt. Auch in Bremens Nachbarbundesland sind die Bewerbungszahlen zurückgegangen. Von 4932 im Jahr 2020 über 4609 im vergangenen Jahr auf bislang 4224 für 2022.

Wobei das laufende Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, berichtet Nadine Bunzler-Devoucoux, Sprecherin aus dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport. Um dem Trend rückläufiger Bewerbungszahlen entgegenzuwirken, setze man auf „zielgruppenadäquate Nachwuchswerbung und eine intensive Betreuung im Bewerbungsverfahren“.

Ähnliches vermeldet die Polizei in Bremen. „Wir arbeiten daran, die Bewerberzahlen durch gezielte Nachwuchswerbung zu erhöhen“, sagt Polizeisprecher Bastian Demann. „Wir werben zielgerichtet in den sozialen Netzwerken, sind auf Berufsmessen und es läuft eine Werbekampagne im Internet und im Stadtbild.“ Mit der Frage, wie man Kandidatinnen und Kandidaten erreichen kann, beschäftigt sich eine eigens dafür gegründete Arbeitsgruppe. Im Fokus stehen junge Leute, die sich bislang noch nicht für die Polizei interessiert haben. Zum Beispiel Studenten, die in ihrem Studiengang unzufrieden sind. Was es aufgrund der aktuellen Situation aber definitiv nicht geben werde, sei ein Absenken der Einstellungskriterien, betont Demann. **Kommentar Seite 2**

CORONAVIRUS	
DEUTSCHLAND	
Neuinfektionen*	k. A.
Akut Infizierte*	↘ 628.900
Todesfälle	148.933
Impfquote (Auffrischung)	62,1%
Hospitalisierungsrate**	3,6
LAND BREMEN	
Neuinfektionen*	k. A.
Akut Infizierte*	→ 6367
Todesfälle	817
Impfquote (Auffrischung)	66,5%
Hospitalisierungsrate**	1,9
NIEDERSACHSEN	
Neuinfektionen*	k. A.
Akut Infizierte*	↘ 66.000
Todesfälle	10.697
Impfquote (Auffrischung)	66,8%
Hospitalisierungsrate**	1,9
Sieben-Tage-Inzidenzwerte*	
Bremen (Stadt)	355,1
Bremerhaven	288,8
Niedersachsen	300,1

Alle aktuellen Daten aus der Region unter weser-kurier.de
Zahlen in Klammern: Veränderung zum Vortag
Zahlen zu Impfungen und Hospitalisierungsraten werden montags bis freitags veröffentlicht.
*Neu-Infektionen/Akut-Infizierte: Berücksichtigt sind Personen, die einen PCR-Test gemacht haben und über die Gesundheitsämter an das Robert Koch-Institut gemeldet werden.
**Hospitalisierungsrate: Anzahl der Krankenhausentlassungen der vergangenen sieben Tage pro 100.000 Einwohner.
QUELLEN: RKI.de/19.9., Senator für Gesundheit; Stand: 16.9. EF 19.9. © WESER-KURIER/SCHIMMANN

Panzerlieferungen: Scholz zögert noch

Berlin. Politiker der Oppositionsparteien, aber auch aus der Regierungskoalition fordern eine schnelle Lieferungen von Kampf- und Schützenpanzern, um ein Vorrücken der ukrainischen Truppen zu unterstützen. Unter anderem CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter und FDP-Verteidigungsexpertin Marie-Agnes Strack-Zimmermann sprachen sich dafür aus. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bekräftigte am Wochenende seine zurückhaltende Linie. „Wir werden bei allem, was wir tun, keine Alleingänge machen“, sagte Scholz im Deutschlandfunk.

Zusagen gab es allerdings für die Lieferung moderner Artilleriegeschütze an Kiew. Gerade die Waffen, die Deutschland zur Verfügung gestellt habe, hätten „den Unterschied gemacht und die Erfolge, die jetzigen Erfolge, die die Ukraine verzeichnet, auch ermöglicht“, so der SPD-Politiker. Deshalb mache es „Sinn, dass wir dort weitermachen“.

Deutschland hat bislang unter anderem Luft- und Panzerabwehrwaffen geliefert. Dazu die oft erwähnten Panzerhaubitzen, die aus der Ferne auf Stellungen des Gegners oder hinter feindliche Linien schießen können, etwa um Munitionsdepots zu treffen. Die Ukraine fordert vom Westen aber auch die Lieferung von Kampf- und Schützenpanzern. Bisher hat kein Nato-Land Panzer westlicher Bauart geliefert. Scholz betont stets, dass sich Deutschland in dieser Frage eng mit den Verbündeten abstimmen werde. **DPA**

EU-Kommission will Ungarn Geld kürzen

Brüssel. Wegen Korruption und anderer Verstöße gegen den Rechtsstaat in Ungarn hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, dem Land Zahlungen in Höhe von rund 7,5 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt zu kürzen. Das teilte EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn in Brüssel mit. Es ist das erste Mal, dass die EU-Kommission diesen Schritt aufgrund von Mängeln im Rechtsstaat eines EU-Landes vorschlägt.

Das Geld aus dem EU-Haushalt sei in Ungarn nicht ausreichend vor Missbrauch geschützt, so der Österreicher. Zugleich würdigte er die Zusagen, die die ungarische Regierung zuletzt gemacht hatte, um Unzulänglichkeiten zu beseitigen. „Ungarn hat sich tatsächlich bewegt“, sagte Hahn. Um dem Land Mittel aus dem EU-Haushalt zu kürzen, müssten dem Vorschlag mindestens 15 Länder mit mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung zustimmen. **DPA**

Kommentar Seite 2/Bericht Seite 3

BREMEN

Corona-Warnapp ist noch immer nützlich 7

Schon länger keine Warnung mehr von der Corona-App erhalten? Seit einiger Zeit sinkt die Zahl der Risikoalarme. Das heißt aber nicht, dass die App keinen Nutzen mehr hat, betont Bremens Gesundheitsministerin.

NIEDERSACHSEN

Kleinstparteien hoffen auf eine Chance 12

Acht Kleinstparteien treten bei der Landtagswahl am 9. Oktober in Niedersachsen an. Neben der Satire-Partei „Die Partei“ probieren es auch wieder Freie Wähler, Tierschutzpartei und Piraten landesweit.

SPORT

Werder-Frauen siegen vor großer Kulisse 22

Zum Auftakt der Frauen-Bundesliga hat der SV Werder am Sonntag ein verdienten 1:1 gegen Turbine Potsdam erreicht. Bemerkenswert war dabei die Kulisse: Rund 600 Zuschauer feuerten die Mannschaft an und feierten die Bremer Torschützin Saskia Matheis (Foto). „Die Zuschauer kommen bestimmt gerne wieder“, freute sich Trainer Thomas Horsch nach der guten Leistung. Eine solche Resonanz auf den Rängen hatte sich Werder nach der Euphorie um die Frauen-Europameisterschaft in diesem Sommer erhofft. Nächster Gegner für Werders Frauen ist nun der FC Bayern.

FOTO: IMAGO/BAUMGART



Familienanzeigen	10	Lesermeinung	15
Fernsehen	16	Rätsel & Roman	23
Gesundheitsseite	18	Tipps & Termine	10

Länder lehnen Entlastungspaket ab

Berlin/Bremen. Die Bundesländer kritisieren weiterhin eine fehlende Abstimmung des Bundes mit ihnen bei der Finanzierung der Entlastungsmaßnahmen. „In der jetzigen Form ist das Entlastungspaket keinesfalls zustimmungsfähig“, sagte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) der „Welt am Sonntag“. Zuvor hatte auch schon das Land Baden-Württemberg mit einem Nein im Bundesrat zu Teilen des Maßnahmenbündels gedroht.

Grundsätzlich dreht sich der Streit um die Kostenteilung zwischen Bund und Ländern. Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) sagte der „Welt am Sonntag“. „Bleibt es bei der vom Bund vorgeschlagenen Aufteilung, kosten Bremen alleine die bisherigen drei Entlastungspakete fast 300 Millionen Euro. Hier muss der Bund deutlich nachbessern.“

In der Debatte über die Umsetzung der neuen Entlastungsmaßnahmen hat Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) das Festhalten an der Schuldenbremse bekräftigt. Für ihn sei klar, „dass wir die notwendige Hilfe auch bei den hohen Gaspreisen verbinden müssen mit dem klaren Bekenntnis zur Schuldenbremse des Grundgesetzes“, sagte der FDP-Vorsitzende. **DPA**

Bericht Seite 5

ÜBRIGENS ...

... sind jetzt 55 Richter und Staatsanwälte in Belgien ins Gefängnis gegangen. Aber nicht, weil sie wegen etwaiger Verfehlungen dazu verurteilt wurden, sondern aus freien Stücken. Mit dieser Aktion wollten Justiz Gehilfen ein neues Gefängnis für 1200 Häftlinge in Haren bei Brüssel auf Herz und Nieren testen und Erkenntnisse darüber gewinnen, ob ein Freiheitsentzug immer die beste Lösung für Menschen ist, die Fehler begangen haben. Während ihrer anderthalbtägigen Haft wurden die Juristen wie ganz normale Häftlinge behandelt. So durften sie beispielsweise ihre Handys nicht benutzen, mussten unter anderem in der Küche und in der Wäscherei arbeiten und pünktlich um 22 Uhr wurden die Lichter gelöscht. **DPA**

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
16°	7°	80%

Wechselhaftes Schauerwetter
Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN

